

Sitzung/Gremium	am:	
Ausschuss für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft	07.09.2016	öffentlich
Kreisausschuss des Landkreises Friesland	14.09.2016	nicht öffentlich
Kreistag des Landkreises Friesland	19.10.2016	öffentlich

Bezeichnung des Beratungsgegenstandes:
Resolution zu CETA und TTIP

Beschlussvorschlag:

Der Verabschiedung der Resolution zu CETA und TTIP wird wie vorgeschlagen zugestimmt.

Finanzielle Auswirkungen: ☐ Ja . ☒ Nein						
Gesamtkosten der Maßnahmen (ohne Folgekosten)	Direkte jährliche Folgekosten	Finanzierung: Eigenanteil objektbezogene Einnahmen		Sonstige einmalige oder jährliche laufende Haushaltsauswirkungen		
€ XXXXx	€ XXXX	€ XXXX	€ XXXX	€ XXXX		
Erfolgte Veranschlagung: ☐ Ja, mit € ☐ Nein im ☐ Ergebnishaushalt ☐ Finanzhaushalt Produkt- bzw. Investitionsobjekt: XXXX						
Vorlage betrifft die demografische Entwicklung: ☐ ja ☐ nein Falls ja, in welcher Art: XXXX						
Vorlage bezieht sich auf XXXX	MEZ Nr. XXXX Titel:		HSP Nr. XXXXXX Titel:			
Sachbearbeiter/in Fachbereichsleiter/in		Sichtvermerke: Abteilungsleiter/in Kämmerei Landrat				
Abstimmungsergebnis:						
Fachausschuss	einstimmig	Ja:	Nein:	Enth.:	Kts. gen.:	abw. Beschl.
Kreisausschuss	einstimmig	Ja:	Nein:	Enth.:	Kts. gen.:	abw. Beschl.
Kreistag	einstimmig	Ja:	Nein:	Enth.:	Kts. gen.:	abw. Beschl.

Begründung:

Wie in der Kreisausschuss-Sitzung vom 24. August 2016 (TOP 3.1.1) vereinbart, hat die Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen einen Textvorschlag zur Verfassung einer Resolution betr. TTIP und CETA eingereicht. Dieser lautet wie folgt:

RESOLUTION

Handelsabkommen über Erleichterungen der Handelsbeziehungen sind grundsätzlich zu begrüßen und für die weitere Entwicklung unserer Wirtschaft sinnvoll.

Der Landkreis Friesland bittet Land und Bund sowie die für den Landkreis zuständigen Abgeordnete im Landtag, Bundestag und Europäischen Parlament sich vor der Ratifizierung der aktuellen Handelsabkommen CETA sowie bei den Verhandlungen von TTIP für folgende Grundsätze einzusetzen, die eine hohe Bedeutung für und Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung haben:

1. Die Beschlussfassung von CETA und die Verhandlung von TTIP ist transparent zu führen; dass heißt alle relevanten Regelungen für die kommunale Ebene müssen bekannt sein.
2. Die jeweils besseren Standards insbesondere im Verbraucherschutz, Umweltbereich sowie Gesundheit und anderen kommunalen Zuständigkeiten müssen Leitregelungen in Freihandelsabkommen werden.
3. Kommunalisierungen müssen weiterhin möglich sein und dürfen durch Freihandelsabkommen nicht unterlaufen werden.
4. Die nationale und internationale Rechtsprechung dürfen im Streitfalle nicht durch normierte Schiedsgerichte ausgehebelt werden.

Die kommunalen Spitzenverbände Niedersachsen werden ebenfalls gebeten sich in dem vorgenannten Sinne gegenüber dem DLT und der Landesregierung einzusetzen.

Es wird um Beratung und ggf. Verabschiedung einer entsprechenden Resolution gebeten.